

Bundesminister Dr. Peter Ramsauer

(A) Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Sören Bartol von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Sören Bartol (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Ramsauer, ein kleiner Tipp vorweg: Wenn Sie mir jetzt zuhören, sind Sie das nächste Mal nicht wieder bei Harald Schmidt zu sehen. – Das hat offenbar niemand verstanden. Es ist wichtig, die Sendung von Harald Schmidt zu schauen.

Herr Ramsauer, Sie können sehr froh sein, dass Sie mit der nationalen Stadtentwicklungspolitik, den Programmen der Städtebauförderung, dem Investitionspakt und dem Programm zur energetischen Gebäudesanierung ein wirkungsvolles Instrumentarium für die **Gestaltung der Zukunftsaufgaben** in unseren Städten und Gemeinden von Ihrem Vorgänger übernehmen konnten. Ich hoffe noch immer, dass Sie dies zu schätzen wissen. Immerhin haben Sie den Haushaltsentwurf von Wolfgang Tiefensee bei der Städtebauförderung fast – leider nur fast – unverändert übernommen. Es fehlt Ihrem Haushalt aber an neuen Impulsen und – das sage ich hier ganz deutlich – Ihnen als Minister an Durchsetzungskraft in den Haushaltsberatungen.

(B)

Ein Programm für die ländlichen Räume ist gut und die folgerichtige Fortführung dessen, was wir mit den Modellvorhaben und Forschungsprojekten zum demografischen Wandel im Rahmen von MORO, der Modellvorhaben der Raumordnung, begonnen haben. Schade nur, dass Ihnen die erhoffte Aufstockung der Städtebauförderungsmittel um 20 Millionen bis 30 Millionen Euro nicht gelungen ist, um dieses Programm zu finanzieren! Auch die Aufstockung der Mittel für das Programm „Soziale Stadt“, die Ihr Staatssekretär Mücke im Ausschuss noch im Januar zugesagt hatte und die auch so im Haushaltsentwurf stand, haben Sie wieder kassiert. Sie haben sich eine globale Minderausgabe in Höhe von 100 Millionen Euro zur Finanzierung der gestiegenen Wohngeldkosten in Ihren Haushalt schreiben lassen, statt, wie es richtig gewesen wäre, durchzusetzen, dass diese Folgekosten der Wirtschaftskrise voll vom Gesamthaushalt getragen werden.

Liebe Frau Winterstein und Kollege Kalb, die pauschale **Kürzung aller Verpflichtungsermächtigungen** für die kommenden Jahre um 10 Prozent trifft sowohl die Städtebauförderung als auch die energetische Gebäudesanierung. Deswegen kann ich es auch nicht mehr hören, wenn hier so getan wird, als ob die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme auf gleichem Niveau fortgeführt würden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich hoffe, dass Sie bei der Aufstellung des Haushalts 2011 stärkeren Einsatz für die Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zeigen; denn wir alle wissen: Dann geht es wirklich ans Eingemachte. Investitionspakt und Konjunkturprogramme laufen aus, die **Kommunen** bekommen die volle Wucht der Wirtschaftskrise und vor allen Dingen Ihrer Steuerpolitik zu spüren, der absehbare drastische Einbruch bei den öffentlichen Investitionen schwebt als Damoklesschwert über der Branche. Statt an einer verlässlichen finanziellen Basis für die Kommunen zu arbeiten, bekommt die Gewerbesteuer mit Ihrer Gemeindefinanzkommission ein Begräbnis erster Klasse. Sie und Ihre Regierung sind gefordert: Helfen Sie den Kommunen schnell mit einem Rettungsschirm, der die jährlichen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes kompensiert! Stellen Sie die Kommunalfinanzen auf eine verlässliche Grundlage stabiler Gewerbesteuereinnahmen und einer reformierten Grundsteuer! Bringen Sie eine Neuaufgabe des dieses Jahr auslaufenden Investitionspaktes zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur energetischen Sanierung von Kitas, Schulen und Sportstätten auf den Weg!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Geben Sie den Kommunen auch bei der Städtebauförderung Sicherheit, dass sie 2011 und danach mindestens auf gleichem Niveau fortgeführt wird!

(Beifall bei der SPD)

Das **Prinzip der Drittelfinanzierung** – Bund, Länder, Kommunen – in der Städtebauförderung hat sich prinzipiell bewährt. Dennoch muss mit der Verwaltungsvereinbarung besser als bisher sichergestellt werden, dass finanzschwache Kommunen nicht aus der Städtebauförderung herausfallen, weil sie ihren Eigenanteil nicht aufbringen können; denn gerade dies sind die Städte und Gemeinden mit geringer Wirtschaftskraft, meist auch mit hoher Arbeitslosigkeit und vor allen Dingen hohem Investitionsbedarf. Auch die verbleibenden 10 Prozent Eigenanteil sind für manche Kommune in Haushaltsnotlage zu viel. Eine gestaffelte Regelung, je nach Leistungsfähigkeit der Kommune, kann uns die Kommunen auch in strukturschwachen Gebieten als Partner in der Städtebauförderung erhalten. Dazu gehört die stärkere Einbeziehung nicht nur privaten Kapitals, sondern vor allen Dingen auch der Potenziale zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Ich freue mich, dass es insbesondere beim **Stadtumbau** großen Konsens darüber gibt, dieses Programm bis 2016 fortzuführen. Trotz der Erfolge der kombinierten Strategie aus Rückbau und Aufwertung ist der Bedarf nicht kleiner, sondern aufgrund der demografischen Entwicklung noch größer geworden. Heute haben wir 1 Million leer stehende Wohnungen, die im Schnitt mit einer Restschuld aus DDR-Zeiten von je 4 000 Euro belastet sind. Bis 2020 werden weitere 430 000 Wohnungen leer stehen. Wichtige Erfolgsbedingung für den Stadtumbau Ost war die ergänzende Altschuldenregelung. Nur wenn Sie, Herr Minister Ramsauer, hier zügig eine Anschlussregelung vorlegen, werden sich die Woh-

Sören Bartol

- (A) nungsunternehmen auch weiterhin am Stadtumbauprogramm beteiligen können. Sie haben angekündigt, sich in Zukunft auch bei Ihren Kabinettskollegen für Verkehrsinfrastruktur einzusetzen. Herr Minister, tun Sie das bitte auch für die Zukunft der Städte und Gemeinden. Es geht hier nicht nur um Investitionen in Gebäude, sondern auch um Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur in einem lebenswerten Umfeld gelingt Integration, entstehen Kreativität und damit am Ende auch Wirtschaftskraft. Herr Minister, ich bitte Sie, das auch in Zukunft zu beachten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Patrick Döring von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Patrick Döring (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand es im Anschluss an die Debatte über den Etat des Kollegen Brüderle schon bemerkenswert, wie wenig insbesondere in der ersten Runde der Zusammenhang zwischen dem, was wirtschaftspolitisch erforderlich ist, und dem, was verkehrs- und baupolitisch erforderlich ist, hervorgehoben wurde. Sehr geschätzter Herr Kollege Claus – den hat es schon zerrissen –, wo immer Sie jetzt sind: Wer glaubt, die Arbeitsmarktprobleme und die wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den neuen Ländern durch **Verkehrsvermeidung** lösen zu können, gehört nun wirklich nicht mehr in diese Welt. So werden wir es nicht schaffen, nicht in den neuen Ländern und nicht in den alten Ländern, wenn wir Exportnation bleiben wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Irrsinn! Das gibt es nicht! – Zuruf von der LINKEN)

– Er hat Verkehrsvermeidung angesprochen, unabhängig vom Verkehrsträger. Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, versuchen schon die ganze Debatte, uns das Etikett der Schienenfeindlichkeit anzuhängen. Als ob diese Koalition schienenfeindlich sei! Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP – Johannes Kahrs [SPD]: Na ja!)

Wenn Sie hier zu Recht die sogenannte Streichliste ansprechen, dann halte ich für die Koalition fest: Es ist Herrn Grube und dem Bundesministerium für Verkehr zu danken, dass aufgeschrieben wurde, welche Verpflichtungen die konzeptionslose Planungsmittelversprechungspolitik der Vorgängerregierungen ausgelöst hat. Das ist der Dank, den wir denjenigen, die diese Liste aufgestellt haben, schulden. Ihr Minister Tiefensee hat doch Planungsmittel versprochen, ohne auch nur einen Hauch von Anschlussfinanzierung sicherzustellen. Ihr Minister Tiefensee ist zehnmal irgendwo in Europa **Ver-**

pflichtungen eingegangen, die nicht finanzierbar sind. (C) Uns jetzt vorzuhalten, dass wir das wenigstens aufschreiben und darüber diskutieren, ist doch wohl wirklich abenteuerlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Lassen Sie uns über die 500 Millionen Euro, die fehlen, reden – gar kein Problem! Das einfache Vorgehen, über Steuermittel zu steuern, Herr Kühn, ist nicht ausreichend; das steht übrigens im Koalitionsvertrag. Wir sagen ganz offensiv: Wenn die DB Netz AG in diesem Jahr zum wiederholten Male mehr als 600 Millionen Euro Ertrag für den Konzern erwirtschaftet, dann ist es die Aufgabe des Eigentümers Bundesrepublik Deutschland, das Unternehmen DB AG dazu zu verpflichten, die Erträge der DB Netz AG in das Netz zu reinvestieren. Dann haben wir in den nächsten zehn Jahren die fehlenden Investitionsmittel für diese Projekte. Das ist der Weg, den wir gehen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Döring, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kahrs?

Patrick Döring (FDP):

Unbedingt.

Johannes Kahrs (SPD):

Herr Kollege Döring, Sie haben eben gesagt, dass die Bahn dringend mehr Geld braucht. Sie gehören der FDP an. Die Kollegin Winterstein hat bei der ersten Lesung hier gesagt, sie möchte gerne, dass Straße Straße finanziert, dass die Lkw-Maut-Mittel für die Straße ausgegeben werden. Wenn Sie so großartige Befürworter von mehr **Geld für die Schiene** sind, dann verraten Sie uns doch, wo die für die Schiene fehlenden Mittel herkommen sollen? (D)

Gleichzeitig haben Sie eben gesagt, dass der Eigentümer damit entsprechend umgehen soll. Das ist richtig. Aber die Frage ist: Woher kommen die Gewinne der Bahn? Natürlich müssen sie in die Schiene reinvestiert werden. Aber das löst doch die Probleme nicht. Das heißt, das, was Sie hier machen, ist: Sie kürzen beim kombinierten Verkehr, erzählen uns, was Sie vielleicht irgendwann einmal machen, aber Sie tun es nicht; dafür regieren Sie. Gleichzeitig haben Sie sich hierhin gestellt und klar gesagt, dass die Mautmittel nicht mehr für die Schiene ausgegeben werden sollen. Das ist doch unlogisch.

Patrick Döring (FDP):

Geschätzter Herr Kollege Kahrs, ich bin extrem dankbar, dass ich Ihnen das außerhalb meiner Redezeit erklären kann, zum wiederholten Male in diesem Hause.

Erstens. Selbst wenn man dazu kommt, dass die **Lkw-Maut-Einnahmen** vollumfänglich der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft zur Finanzierung von Straßen zur Verfügung gestellt werden, dann bedeutet das im Umkehrschluss, dass die steuerfinanzierten Mit-